Tageszeitung

für den Kreis Lübbecke
(Amtlicher Anzeiger)

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen.
Preis durch die Post ¼jährlich 7,50 M. mit Bestellgeld 8,40 M; durch Privatboten ¼jährlich 7,50 M.

Verantw. Schriftleiter: Dr. Hugo Schlüter, Bad Oeynhausen
Druck und Verlag: Franz Schlüter, Bad Oeynhausen

Anzeigen kosten für 84 mm Breite (1spaltig) 1 mm Höhe 10 M, Reklamen für 90 mm Breite und 1 mm Höhe 50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme: Mittags des vorhergehenden Tages, größere Anzeigen früher.

Drahtanschrift: „Tageszeitung, Bad Oeynhausen" Fernruf: Nr. 7. Postscheckkonto: Hannover 1797

Nr. 297 — Preußisch Oldendorf, Sonnabend, 18. Dezember 1920 — 14. Jahrgang

Der Auftakt in Brüssel

Unmögliche Zumutungen.

Ein Aufsehen erregender Leitartikel des Pariser „Temps" ist wohl zweifellos als das eigentliche Programm der französischen Regierung für Brüssel anzusehen.

In einigen einleitenden Bemerkungen stellt das Blatt zunächst fest, daß die Entschädigungsfrage in Brüssel nicht gelöst, sondern nur zur Lösung vorbereitet werden solle und daß Frankreich sich nicht hinter abstrakten Forderungen verschanzen, sondern gemeinsam mit den Deutschen nach praktischen Mitteln suchen werde. Sodann wird in einer überaus gewundenen Beweisführung der Satz aufgestellt, daß es gegenwärtig nicht möglich sei, eine bestimmte Schuldsumme zu nennen und daß nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages dies auch durchaus nicht notwendig erscheine.

Diese Bestimmungen verlangen nicht, daß bis zum 1. Mai von Deutschland eine bestimmte Anzahl von Milliarden geforderd würde, sondern nur, daß bestimmte Forderungen geltend gemacht würden, nämlich besonders folgende: 1. Der genaue Betrag der Guthaben, die schon jetzt berechnet werden können (Pensionen usw.). 2. Abschätzung der Höhe der Sachschäden für den Zeitpunkt, da die Beschädigungen erfolgten. 3. Ungefähre Schätzung der Kosten für den Wiederaufbau, die zum Teil auch von dem guten Willen Deutschlands abhängen. „Bei einem solchen Verfahren würde man", so fährt der „Temps" fort, „einerseits vermeiden, den Schuldner vollkommen zu Boden zu drücken, und man würde andererseits verhindern, die ganze Welt in einen irrsinnigen Streit um Hunderte von imaginären Milliarden zu verleiten."

Deutschland unter Finanzkontrolle.

Weiter gibt der „Temps" der Befürchtung Ausdruck, daß ein wieder gekräftigtes Deutschland versuchen werde, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Um hiergegen gesichert zu sein, müßten die Alliierten vom Reiche also eine Bürgschaft verlangen, die in der freiwilligen, nicht erzwungenen Verpfändung gewisser bedeutender Staatseinkünfte bestehen könnte. Um aber zu verhindern, daß sich die deutsche Regierung auf dem entgegengesetzten Wege, nämlich auf dem Wege über die Bankrotterklärung, ihrer Verpflichtung entledige, müßte sie den Ententestaaten ihr Programm für den Wiederaufbau der deutschen Finanzwirtschaft vorlegen. Höchstwahrscheinlich werde dieses Programm mit der Hilfe der Vereinigten Staaten rechnen. Die alliierten Regierungen könnten also, indem sie auf die humanitäre Art hinweisen, in der sie die ganze Entschädigungsfrage regeln wollen, von den Vereinigten Staaten verlangen, daß die Hilfe, die Amerika Deutschland gewährt, von der Erfüllung der deutschen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten abhängig gemacht werde.

Das alles sind Vorschläge, auf die Deutschland unmöglich eingehen kann und wird.

•

Drahtmeldungen vom 17. Dezember.

Brüssel. Die deutschen Delegierten haben schon gleich an der Eröffnungssitzung teilgenommen. Man rechnet mit einer längeren Dauer der Konferenz. Allgemein erregt es Aufsehen, daß Amerika nicht vertreten ist.

Unsere Handelsbilanz

Havensteins Rede in Brüssel

Brüssel. In der heutigen Nachmittagssitzung schilderte Reichsbankpräsident Havenstein die Gründe, die einer Besserung der deutschen Valutaverhältnisse entgegen stehen. Unter seinen Ausführungen war besonders bemerkenswert die Richtigstellung derjenigen Zahlen, welche auf der letzten Brüsseler Finanzkonferenz über den Wert der deutschen Ein- und Ausfuhr im ersten Halbjahr so angegeben worden sind. Anstatt einer aktiven Handelsbilanz im Mai und Juni hat sich auf Grund der angestellten Nachprüfung im ersten Halbjahr ein Zurückbleiben der Ausfuhr hinter der Einfuhr von nicht weniger als durchschnittlich sechs Milliarden Mark monatlich ergeben. Reichsbankpräsident Havenstein erklärte zum Schluß seiner Ausführungen, daß eine Besserung der deutschen Valuta nur durch eine Besserung der Zahlungsbilanz erfolgen könne. Diese beruhe vor allem auf der Arbeit, deren Vorbedingung freie Ausfuhrmöglichkeit sei. Endlich müssen die Kriegsentschädigungen, welche von Deutschland gefordert werden, so berechnet werden, daß sie noch getragen werden können.

Vivianis Haßrede.

Der Völkerbund gegen Deutschland.

Die Mittwoch-Sitzung des Völkerbundes in Genf ist die bisher interessanteste der ganzen Tagung, da die Wahlen der nichtständigen Ratsmitglieder und die Aufnahme von neuen Staaten auf der Tagesordnung standen. Während die Wahl Spaniens und Brasiliens von vornherein sicher war und ohne Zwischenfall vor sich ging, kam es bereits bei der Wahl des dritten Mitgliedes zur Stichwahl zwischen Belgien und China, da zahlreiche Staaten Belgien aus dem Rat entfernen wollten. Dennoch wurde Belgien beim zweiten Wahlgange gewählt. China erhielt mit knapper Mehrheit den vierten Platz, obwohl es schien, als ob die vor der Wahl in letzter Stunde aufgestellte Kandidatur Rumäniens den Ausgang der Abstimmung gefährden könnte. Sodann wurde die Aufnahme der neuen Mitglieder in den Völkerbund verhandelt. Vor der Versammlung herrschte in Delegiertenkreisen die Meinung vor, daß diese Angelegenheit in kürzester Zeit durch glatte Annahme der Kommissionsvorschläge erledigt werden würde. Da ereignete sich

ein sensationeller Zwischenfall.

Der Schweizer Bundespräsident Motta führte in längerer Rede aus, daß, wenn nicht Amerika, Rußland und Deutschland in den Völkerbund aufgenommen würden, innerhalb der nächsten paar Jahre die Existenz des Bundes gefährdet sei. Diese Worte wirkten wie eine Bombe. Viviani, furchtbar nervös, verlangte noch während der Rede Mottas das Wort und führte hernach mit großem rhetorischen Stimmaufwand den französischen Standpunkt vor Augen, nämlich, daß Deutschland erst nach der Erfüllung des Friedens von Versailles in den Völkerbund aufgenommen werden könnte. Die Bedeutung der Sitzung liegt jedoch darin, daß nach Viviani Lord Robert Cecil die Tribüne bestieg und erklärte, vollkommen den französischen Standpunkt zu teilen. Österreich wurde in den Völkerbund aufgenommen.

Deutschland wird sich bestens dafür bedanken, einem Bunde beizutreten, der lediglich auf Haß gegen Deutschland eingestellt ist. Im übrigen kriselt es weiter im Völkerbund, denn nach einer Meldung aus Chile sollen die chilenischen Delegierten beauftragt worden sein, die Völkerbundsversammlung zu verlassen, falls diese dem Ersuchen von Bolivien und Peru stattgeben sollte, sich mit der Revision der von ihnen mit Chile abgeschlossenen Verträge von 1882 und 1904 zu befassen.

Drahtmeldungen vom 17. Dezember

Plan eines Rhein—Maas-Kanals

Bremen. Laut einer Meldung aus dem Haag hat die holländische Regierung der Kammer einen Gesetzentwurf zum Bau eines Rhein—Maas-Kanals vorgelegt. Der Kanal soll von Bracht 10 Kilometer nördlich von Maeseyck bis Maastricht der Maas folgen und von dort in östlicher Richtung zum Rhein führen. Er würde etwa 15 Kilometer nördlich Aachen verlaufen. Der Bau der auf deutschem Gebiet gelegenen Strecke würde durch Deutschland erfolgen. Lüttich soll durch einen Stichkanal nach Maastricht angeschlossen werden.

In maßgebenden Bremer Kreisen ist man der Ansicht, daß Antwerpen dadurch weiteren Verkehr aus Westdeutschland an sich ziehen würde. Diese Gefahr für die deutschen Seehäfen und für die ganze deutsche Volkswirtschaft müßte dadurch beseitigt werden, daß so schnell wie möglich eine deutsche Kanalverbindung zwischen Rheinland-Westfalen und den deutschen Seehäfen geschaffen werde.

Neue österreichische Anleihe

Wien. Der Nationalrat nahm heute eine Vorlage an, welche die Regierung ermächtigt, einen neuen 8 Milliarden-Kredit zur Deckung des Fehlbetrages aufzunehmen. Bundesfinanzminister Grimm trat den Gerüchten über eine Notenabstempelung und einer Zwangsanleihe entgegen. Er kündigte sodann die Einbringung einer Vorlage über eine Valutaumsatzsteuer an.

Jugoslavien bricht mit Bulgarien

Belgrad. Da die bulgarische Regierung für Jugoslavien wichtige Bestimmungen des Vertrages von Neuilly nicht gehalten hat, hat die jugoslavische Regierung den Verkehr mit Bulgarien abgebrochen.

Irgendwo ein Erdbeben

Berlin. Dem „B. T." wird aus Darmstadt berichtet, daß der Seismograph der dortigen technischen Hochschule ein Erdbeben von ungewöhnlicher Stärke verzeichnet.

Bereiteltes Attentat auf König Konstantin.

Mailand. Die hiesige Polizei verhaftete drei aus Athen zugereiste Griechen. In ihren Koffern fand man Bomben, die zur Ermordung König Konstantins bestimmt gewesen sind.

Immer neue Noten.

Paris. Die Botschafterkonferenz stimmte dem Reglement über die Durchfahrt von interalliierten Kriegsschiffen durch den Kieler Kanal zu. Die Konferenz beschloß ferner, an die deutsche Regierung eine Note zu richten, in der Deutschland gefragt werden soll, aus welchem Grunde der Abschluß des Vertrages mit Dänemark über die Regelung der durch die Abtretung von Nordschleswig entstehenden Fragen verzögert wird.

Der Umschwung in Griechenland

Athen. Der Ministerrat beschloß, auf die Note der Entente vor dem Eintreffen König Konstantins nicht mehr zu antworten. An den griechischen Patriarchen in Konstantinopel wird ein Telegramm gesandt, in dem gesagt wird, daß die griechische Regierung für die Zukunft die finanzielle Unterstützung verweigern werde, wenn sich der Patriarch in seiner politischen Haltung keine Reserve auferlege.

Weitere Drahtmeldungen siehe Seite 2

Die bedrohte Flugzeugindustrie.

Weitere deutsche Protestnote an die Entente.

Zu der Forderung der alliierten Regierungen, das Verbot der Herstellung und Einfuhr von Luftfahrtmaterial über den im Friedensvertrag vorgesehenen Zeitraum auszudehnen, hat die deutsche Regierung durch Vermittlung des Generals Mastermann eine Note an die Botschafterkonferenz gerichtet, in der es heißt: Die Interalliierte Luftfahrtkontrollkommission hat dem Auswärtigen Amt durch Note vom 16. November einen Beschluß der Botschafterkonferenz vom 10. November mitgeteilt, wonach das Protokoll von Spa vom 12. Juli 1920 betr. Bau- und Einfuhr von Luftfahrtmaterial für nichtig und die Entscheidung von Boulogne vom 22. Juni für maßgebend erklärt wird. Hieran hat die Kommission die Aufforderung geknüpft, die nötigen Maßnahmen zur Durchführung dieser Entscheidung zu treffen. Sie haben der deutschen Regierung ferner ein Protokoll vom 16. Juli zur Unterschrift vorgelegt, worin die Verlängerung des Bauverbots unter Nr. 2 behandelt wird.

Die deutsche Regierung hat ihre Unterschrift dazu nicht geben können. Eine Antwort auf diese Denkschrift ist der deutschen Regierung nicht zugegangen. Nach dem mitgeteilten Beschluß der Botschafterkonferenz scheinen aber die alliierten Regierungen das Einverständnis der deutschen Regierung nicht mehr für erforderlich zu halten, sondern der Ansicht zu sein, daß der Beschluß von Boulogne ohne weiteres anwendbar sei.

Die deutsche Regierung hält ihre Rechtsauffassung nach wie vor für die einzige, die mit dem Vertrage von Versailles übereinstimmt. Sie ist deshalb nicht in der Lage, den Reichsangehörigen die verlangten neuen Beschränkungen auferlegen, die von einschneidender Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben sein würden. Der geforderten Verlängerung der Sperrfrist würde die finanzielle Kraft der Luftfahrtindustrie nicht gewachsen sein. Die deutsche Regierung ist gern bereit, in Verhandlungen darüber einzutreten, wie in der Zwischenzeit eine Kontrolle darüber durchgeführt werden kann, ob zum Bau eines Luftfahrzeuges nicht etwa ablieferungspflichtiges Material verwandt worden ist, und darüber, wie zu verfahren ist, wenn dies dennoch geschehen sein sollte. Sie wird bei der Regelung dieser Fragen den alliierten Regierungen jedes Entgegenkommen beweisen. Die deutsche Regierung bittet, die Frage unter Würdigung obiger Darlegungen erneut zu prüfen und schlägt vor, falls ihr Standpunkt nicht geteilt werden sollte, die Angelegenheit einem unparteiischen Schiedsgericht zu unterbreiten.

Französische Beschönigungsversuche.

Das Anfinnen an Oberschlesien.

Der diplomatische Berichterstatter der „Agence Havas" bemerkte zu der von England, Frankreich und Italien an Deutschland gerichteten Note über die Wahlen der Oberschlesier, die nicht mehr dort ansässig sind:

Diesen Vorschlag will Deutschland nicht anerkennen. Die interessierte Kommission in Oberschlesien ist aber durchaus nicht an die Beschlüsse anderer Abstimmungskommissionen gebunden. Die Hauptsache war, eine Garantie für Freiheit und Ehrlichkeit bei der geheimen Wahl zu schaffen. Diese Bestimmungen können ebengut im Rheinland wie in Oberschlesien ausgeführt werden. Die Kommission, welche für die öffentliche Ordnung verantwortlich ist, kann nicht verantworten, daß ein Zuströmen von 300 000 gebürtigen Oberschlesiern erfolgt, die bewaffnet sind, die Wähler beeinflussen und eventuell blutige Zusammenstöße hervorrufen können. Infolgedessen ist es leicht möglich, daß die Verbündeten jede weiteren mündlichen Verhandlungen vermeiden werden, die nur die Abstimmung verspäten könnten und auf die zweite in London vorgesehene Lösung zurückkommen werden. Sie würden sich dann entschließen, die auswärts wohnenden Oberschlesier zwei Wochen nach den anderen Wahlen zur Wahl zuzulassen.

Dazu wird von zuständiger deutscher Seite geschrieben:

„Daß Deutschland das vorgeschlagene Verfahren nicht annehmen will, kann keinen Grund zu Vorwürfen abgeben. Die alliierten Regierungen haben ja selbst eine Zustimmung Deutschlands für nötig gehalten, da zugestandenermaßen eine Abweichung vom Friedensvertrage vorliegt. Die deutsche Regierung hat auf die Notwendigkeit der Einheitlichkeit des Wahlaktes, dem Orte wie der Zeit nach hingewiesen, weil eine solche Einheitlichkeit einmal den Bestimmungen des Friedensvertrages und sodann den von der Botschafterkonferenz gebilligten Vorgängen bei den früheren Abstimmungen entspricht. An die Bestimmungen der Botschafterkonferenz ist aber die interalliierte Kommission für Oberschlesien genau so gebunden, wie die übrigen Abstimmungskommissionen es waren. Wenn die „Agence Havas" eine zeitliche Trennung der Abstimmung in zwei Terminen in Aussicht stellt, so würde das als eine Differenzierung der Stimmen anzusehen sein, die die deutsche Regierung in ihrer Antwortnote gerade als unzulässig bezeichnet hat. Es ist nicht anzunehmen, daß die deutsche Regierung eine Abstimmung als rechtsgültig anerkennen würde, die auf einem solchen einseitig diktierten

und unrechtmäßigen Verfahren beruhen würde. Das Märchen von der Gefahr eines Zuzuges bewaffneter Stimmberechtigter wird wahrscheinlich in Frankreich selbst niemand glauben. Die früheren Abstimmungen beweisen, daß selbst ein Zuzug einer größeren Anzahl von Abstimmungsberechtigten sich in vollkommener Ruhe vollziehen kann."

Deutscher Reichstag.

(47. Sitzung.) *CB.* Berlin, 15. Dezember.

Die heutige Sitzung mußte nach kurzer Dauer abgebrochen werden, weil am Regierungstische niemand zugegen war. Zu Beginn dieser kurzen Sitzung wurde vom Präsidenten Loebe eine Mitteilung gemacht, die unter den anwesenden Abgeordneten, deren Zahl übrigens nicht groß war, Bewegung hervorrief.

Strafverfolgung Erzbergers.

Vom Reichsministerium des Innern ist die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen das Mitglied des Reichstages, Erzberger, wegen Verletzung der Eidespflicht nachgesucht. Dieser Antrag wurde der Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Ein Antrag auf Genehmigung zur Einleitung eines Privatklageverfahrens gegen den Abg. Dr. Marxsky (Deutsche Vp.) wurde nach dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses abgelehnt. Hierauf wurde ein weiterer Nachtragsetat, der Forderungen zu Neubauten in verschiedener Landesteilen bringt, ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen. Ferner wurde das Kapitalfluchtgesetz nach den Beschlüssen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Alsdann sollte die Abstimmung über die zurückgestellten Anträge beim Ernährungsministerium vorgenommen werden. Da aber diese Abstimmung erst für später angesetzt war und das Haus, wie schon erwähnt, einen sehr schwachen Besuch aufwies, mußte die Abstimmung zurückgestellt werden. Man kam dann zu dem nächsten Punkt der Tagesordnung, zu der deutschnationalen Interpellation über die Internierungslager. Darüber konnte jedoch nicht verhandelt werden, weil ein Regierungsvertreter noch nicht erschienen war. Präsident Loebe setzte daher die Verhandlungen auf eine halbe Stunde aus.

Die zweite Sitzung.

Die neue Sitzung wurde mit den Abstimmungen über die Anträge zum Reichsernährungsministerium eröffnet. Der Antrag des Ausschusses, schärfere Maßnahmen zur Erreichung der Ablieferung des Brotgetreides zu ergreifen, wurde gegen die sozialdemokratischen Gruppen abgelehnt. Angenommen wurde die Entschließung des Ausschusses, die ein

Verbot des gewerbsmäßigen Kuchenbackens

fordert und die zur Erzielung einer Verbilligung der Lebensmittel eine bessere Verbindung zwischen Erzeugern und Verbrauchern wünscht. Angenommen wurde ferner ein Antrag Arnstadt (Deutschnat.), wonach jeder Landwirt den Anspruch erhält, für die abgelieferten Mengen von Brotgetreide, Gerste und Hafer eine möglichst große Menge geeigneter Futtermittel zu beziehen. Weiter angenommen wurde ein Antrag Bahr (Dem.), wonach bei der Erfassung eines Teiles der Haferernte kleine Betriebe von der Umlage verschont bleiben sollen. Dagegen wurde der Antrag Müller (Soz.) abgelehnt, die Düngemittelindustrie auf das Reich zu übernehmen.

Hierauf folgte die Abstimmung über den Antrag Arnstadt (deutschnat.), die Stickstoffindustrie durch entsprechende Maßnahmen in den Stand zu setzen, ihre Produktionskosten zu verbilligen, und in der Superphosphat-Industrie durch finanzielle Beihilfe eine Vermehrung der Erzeugung herbeizuführen. Dazu beantragten die Sozialdemokraten, ausreichende Mittel bereitzustellen, um der Landwirtschaft die Einführung der Stickstoffdüngemittel zu ermöglichen. Der sozialdemokratische Antrag wurde mit 156 gegen 153 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Arnstadt wurde angenommen. Weiter angenommen wurde der Antrag der Unabhängigen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die gegen den Reichsernährungsminister erhobenen Vorwürfe prüfen soll. Damit waren die Entschließungen zum Reichsernährungsministerium erledigt.

Es folgte die Interpellation der Deutschnationalen, in der darauf hingewiesen wird, daß in den

russischen Internierungslagern in Deutschland

die nichtbolschewistisch gesinnten Gefangenen der brutalsten Vergewaltigung ausgesetzt sind, ohne daß ihnen deutscherseits ein Schutz zuteil wird. Es wird gefragt, ob die Regierung mit Herrn Kopp ein Abkommen getroffen habe, wonach sich die deutschen Lagerkommandanten jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Kriegsgefangenen zu enthalten hätten.

Abg. Henning (Deutschnat.) begründete die Interpellation. Es handele sich um keine Parteisache, nur schwere Sorge um das Dasein des Vaterlandes habe die Interpellation veranlaßt. Die Straf- und Disziplinargewalt ist den russischen Lagerkommandanten übertragen worden, die deutschen Lagerkommandanten haben keine Strafgewalt. Sie haben nicht einmal die Strafgewalt über die deutschen Bewachungsmannschaften.

Der Redner ging auf eine Menge Einzelheiten ein und berief sich in bezug auf die Übelstände auf Briefe von Russen, die er der Regierung vertraulich zur Verfügung stellen wolle. Mehrere Male veranstaltete die äußerste Linke erregte Kundgebungen gegen den Redner.

Antwort der Regierung.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth, der die Interpellation beantwortete, schickte seinen Darlegungen die Bemerkung voraus, daß er sich sehr vorsichtig ausdrücken müsse. Jedes unvorsichtige Wort könnte das Schicksal unserer 5000 Landsleute, die sich noch als Gefangene in Rußland befänden, verschlechtern. Sodann gab der Reichsfinanzminister einen Rückblick über die Entstehung der Läger und die über diese Läger getroffenen Abmachungen.

(48 Sitzung.) *CB.* Berlin, 16. Dezember.

An der Spitze der Tagesordnung der heutigen Sitzung, die sich ebenfalls vor sehr schwach besetzten Bänken abspielte, stand die Interpellation der Unabhängigen über den Notenwechsel der Reichsregierung mit der Entente. Der Reichsminister des Auswärtigen erklärte, daß diese Interpellation in der vorgeschriebenen Frist ihre Beantwortung finden werde.

Alsdann wurde ein von Abg. Dr. Becker-Hessen (Deutsche Vp.) eingebrachter Gesetzentwurf über die beschleunigte Zahlung der Umsatzsteuer für 1920 dem Steuerausschuß überwiesen. Hierauf sollte die zweite Beratung über die Besoldungszulagen für die Beamten folgen. Auf Antrag des Abg. Burlage (Zentr.) und gegen den Widerspruch der Unabhängigen wurde diese Vorlage einstweilen zurückgestellt. Es schweben noch Besprechungen über eine Verständigung. Alsdann kam man zu dem Besoldungsgesetz und dem Beamtenspergesetz. Nach einer längeren Geschäftsordnungsaussprache darüber, welche dieser beiden Vorlagen zuerst beraten werden soll, entschied sich das Haus schließlich nach einem Antrag der Demokraten dahin, zuerst über das

Beamtenbesoldungs-Sperrgesetz

zu beraten. Dieses Sperrgesetz, in dessen zweite Lesung eingetreten wurde, soll zur Sicherung eine einheitliche Regelung der Beamtenbesoldungen dienen. Danach ist das Reichsbesoldungsgesetz mit einigen Änderungen und Ergänzungen für die Regelung der Beamtenbesoldungen in den Ländern, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften in dem Sinne bindend, daß die Dienstbezüge ihrer hauptamtlichen Beamten und Lehrer nicht günstiger geregelt werden dürfen als die Dienstbezüge der gleichzubewertenden Reichsbeamten. Eine günstigere Regelung ist nur beim Vorliegen besonderer Verhältnisse und aus besonderen Gründen zulässig. In einer Entschließung werden die Länder aufgefordert, dahin zu wirken, daß die Gemeinden die Besoldungen so regeln, daß sie grundsätzlich mit den Länderbesoldungsordnungen übereinstimmen.

Abg. Steinkopf (Soz.) erklärte, alle Parteien sind über die Notwendigkeit dieses Gesetzes einig. Leider käme es ein Jahr zu spät. Abg. Hüfte (Zentr.) bemerkte, der Grundsatz muß gelten, Beamte, die gleiche Arbeit leisten, müssen gleich bezahlt werden. Es darf aber keine Mechanisierung, keine Schablonisierung stattfinden. Wir stimmen dem Ausschußantrag zu. Abg. Barth-Chemnitz (Deutschnl.) betonte, wir sind Gegner des Sperrgesetzes, denn es ist ein Eingriff in die Autonomie der Länder. Die Besoldungsverhältnisse in den einzelnen Staaten haben sich ja denen im Reich überall angepaßt. Der Gesetzentwurf zeigt auch keinen beamtenfreundlichen Standpunkt. Abg. Beuermann (Deutsche Vp.) forderte zur möglichst einstimmigen Annahme des Gesetzentwurfs auf, wobei er aber zugab, daß gegen das Gesetz nicht ganz mit Unrecht, bedeutende Einwände erhoben worden sind.

Abg. Dr. Külz (Dem.) erklärte, es ist uns äußerst schwer geworden, uns mit dem Gesetz abzufinden. Am liebsten wäre es uns gewesen, es wäre gar nicht nötig geworden. Die Interessen der Gemeinden finden bei der Reichsregierung und beim Reichstage anscheinend nicht die nötige Würdigung. Wir möchten aber das Gesetz daran nicht scheitern lassen.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Ich verstehe den Kummer der Gemeinden und Länderbeamten gegen dieses Gesetz. Ich selbst würde es bekämpfen, wenn wir noch die Verhältnisse vor dem Kriege hätten. Heute aber müssen wir alles aufbieten, um ein gegensätzliches Überbieten der öffentlichen Körperschaften zu vermeiden. Das Gesetz ist eine traurige Notwendigkeit. Es ist nicht einmal zentralistisch, geht es doch von süddeutschen Finanzministern aus. Der Ausschuß hat es übrigens noch abgeschwächt. Die Begründung enthält keine Beleidigung für die Beamten.

Eine ablehnende Erklärung Bayerns.

Der Vertreter Bayerns im Reichsrat, Dr. v. Preger, verliest eine Erklärung, in der es hieß: Die bayerische Regierung verkennt das Gewicht der Gründe der Reichsregierung durchaus nicht. Auch sie wünscht in den Besoldungen eine einheitliche Linie mit dem Reiche. Sie war deshalb auch bereit, auf dem Wege der Verhandlungen zu entsprechenden Vereinbarungen zu kommen. Dieser Weg wurde aber von der Reichsregierung nicht beschritten. Vielmehr hat die Reichsregierung den vorliegenden Entwurf eingebracht, der einen gesetzlichen Zwang für die Regelung der Länder schaffen will und sie zwingt, die Besoldungen ihrer Beamten nicht günstiger zu regeln, als sie im Reiche geregelt sind. Die bayrische Regierung wehrt sich dagegen nicht aus Partikularismus. Es sind ausschließlich sachliche Gründe, die die bayrische Regierung zu ihrer ablehnenden Haltung veranlaßt haben. Diese Bindung betrifft nicht nur die Beamten, sondern greift in das Haushalts- und Selbstverwaltungsrecht der Länder und Gemeinden ein. Das Gesetz verstößt gegen die Verfassung. Die Durchführung dieses Gesetzes würde jede berechtigte geschichtliche Eigenart der Länder beeinträchtigen. Mit Rücksicht darauf wünscht die bayrische Regierung die Ablehnung dieses Gesetzes.

Abg. Frau Zietz (Rechtsunabh.) sprach sich gegen die Vorlage aus.

Ein Regierungsvertreter machte entgegen den Ausführungen des bayerischen Gesandten geltend, daß das Gesetz nicht verfassungswidrig sei.

Die allgemeine Aussprache wurde alsdann geschlossen und es wurde in die Einzelberatung der Vorlage eingetreten. Unter Ablehnung verschiedener, von der Linken gestellten Abänderungsanträge wurde die Vorlage angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen und ein Teil der äußersten Linken. Die dritte Lesung der Vorlage soll morgen vorgenommen werden.

Das Beamtenbesoldungsgesetz.

Hierauf begann die zweite Lesung der Vorlage, die eine Änderung des gesamten Beamtenbesoldungsgesetzes enthält. Dazu sprachen die Abgeordneten Steinkopf (Soz.), Hoefle (Zentr.), ferner Abgeordneter Rieseberg (Deutsch-nat. Vp.) Alle drei äußerten sich zustimmend zu der Vorlage. Abg. Hoefle wandte sich dagegen, daß die Beamtenfragen von den Sozialdemokraten agitatorisch ausgenutzt würden.

Die Sitzung währte noch geraume Zeit.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ **Bayern und die Einwohnerwehrnote.** Nachdem die Antwortnote General Nolletts auf die deutsche Einwohnerwehrnote im Wortlaut angelangt war, trat der bayerische Ministerrat zu einer Sitzung zusammen, um sich über die Konsequenzen schlüssig zu werden, die sich für die bayerische Regierung aus der Ablehnung ergeben. Der Ministerrat war sich einig über den Ernst der Lage, die eine plötzliche und völlige Auflösung der Einwohnerwehren mit sich bringen würde, neigte aber doch der Auffassung zu, daß die rein militärische Erledigung einer im Sinne der bayerischen Regierung nicht militärischen, sondern innerpolitischen Frage durch den Chef der interalliierten Militärkontrollkommission den Weg zu diplomatischen Verhandlungen offen lasse. Die bayerische Regierung will demgemäß die Reichsregierung um Fortsetzung der Verhandlungen ersuchen, wofür die Regelung des Auflösungsmodus und der Entwaffnungspflichten eine auch in der Note Nolletts schon angedeutete Basis bilden würde.

✦ **Preußenwahl und oberschlesische Abstimmung.** Zu den Meldungen, daß die preußische Regierung wegen der Abstimmung in Oberschlesien an eine Verschiebung der preußischen Landtagswahlen denke, erfährt man von zuständiger Stelle: Sollte die Entente den Termin für die Abstimmung in Oberschlesien so legen, daß dadurch die nicht in Oberschlesien wohnenden Oberschlesier verhindert würden, an beiden Abstimmungen teilzunehmen, so würde eine entsprechende Verschiebung der Landtagswahlen in Frage kommen. Für den Fall, daß die Daten beider Abstimmungen nicht derartig zusammentreffen, wird an eine Verschiebung der Wahlen zum Preußischen Landtag nicht gedacht.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die schwedische Regierung hat den deutsch-schwedischen Handelsvertrag auf den 16. März 1921 gekündigt.

Berlin. Das Grundsteuergesetz wurde von der Preußischen Landesversammlung dem Hauptausschuß zur weiteren Bearbeitung überwiesen.

Rom. Der König und die Königin von Dänemark haben dem Papst und dem Kardinalstaatssekretär Gasparri einen Besuch abgestattet.

Weitere Drahtmeldungen vom 17. Dezember

Zurückziehung der Gesandten aus Athen?

Paris. „Echo de Paris" teilt mit: Die französische Regierung hat der englischen und italienischen Regierung vorgeschlagen, am Tage der Ankunft König Konstantins in Athen die Gesandten zurückzuberufen und ihre Posten durch gewöhnliche Geschäftsträger zu besetzen.

Georgien vom Völkerbund abgelehnt

Genf. Das Aufnahmegesuch Georgiens wurde mit 14 gegen 10 Stimmen bei zahlreichen Stimmenthaltungen abgelehnt. Sodann wurde ein Antrag von Lord Robert Cecil angenommen, wonach die nur zu den technischen Organisationen zugelassenen Staaten alle Rechte haben sollen, wie die Mitglieder des Völkerbundes.

Die Friedensverhandlungen in Riga

Paris. Ein Funkspruch aus Moskau besagt, daß die Friedenskonferenz in Riga mit Erfolg fortgesetzt wird. Die polnischen Friedensdelegierten haben erklärt, daß keine Gefahr für den Abbruch der Verhandlungen bestehe.

Österreichisch-deutsches Wirtschaftsabkommen

Wien. In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Handel und Gewerbe wurde die Vorlage der Bundesregierung betreffend das österreichisch-deutsche Wirtschaftsabkommen vom 1. 9. 1920 genehmigt.

Die Durchsuchung nach Waffen

Berlin. Nach Ablauf der für die freiwillige Waffenabgabe festgesetzten Frist hat der Reichsentwaffnungskommissar auf Grund des Entwaffnungsgesetzes Zwangsdurchsuchungen für das ganze Reich angeordnet. Mit der Ausführung dieser Zwangsdurchsuchung ist am heutigen Vormittag auch in Berlin begonnen worden, und zwar hat die Durchsuchung zunächst im Westen Berlins eingesetzt. In der nächsten Zeit werden auch die anderen Stadtteile einer Durchsuchung nach Waffen unterzogen.

Die Wohltätigkeit der Quäker

Berlin. Wie dem „Berliner Tageblatt" gemeldet wird, sind von den Quäkern nach Mitteilung von verschiedenen Seiten abermals 9 180 000 ℳ zur Fortsetzung der Kinderspeisungen in Deutschland zur Verfügung gestellt worden.

Aus der Heimat — für die Heimat

Pr. Oldendorf, 17. Dezember

□ **Die diesjährigen Weihnachts-Schulferien in Preußen.** Die Weihnachtsferien der einzelnen Provinzen Preußens sind von dem Oberpräsidenten in diesem Jahre folgendermaßen festgesetzt worden: Ostpreußen vom 22. Dezember bis 5. Januar, Brandenburg vom 22. Dezember bis 4. Januar, Pommern vom 21. Dezember bis 5. Januar, Schlesien vom 23. Dezember bis 11. Januar, Sachsen vom 22. Dezember bis 5. Januar, Schleswig vom 22. Dezember bis 6. Januar, Hannover vom 22. Dezember bis 13. Januar, Westfalen vom 22. Dezember bis 4. Januar, Hessen-Nassau vom 22. Dezember bis 4. Januar, Rheinprovinz vom 22. Dezember bis 4. Januar. Die beiden Tage bedeuten den Schluß und den Wiederbeginn des Unterrichts.

□ **Instandsetzungskosten beim Wohnungswechsel.** Kosten für Instandsetzung der neuen Wohnung, den Anstrich der Decken und Fußböden sowie die Erneuerung der Tapeten sind bei Umzügen nach einer Verfügung des Reichsschatzministers im allgemeinen nicht erstattungsfähig. Nur in besonderen Fällen kann eine Beihilfe beantragt werden, z. B. aus hygienischen Gründen. Vorher muß aber die Wohnung durch einen Ausschuß besichtigt werden, der von der vorgesetzten Dienststelle bestimmt wird. Reisekosten usw. dürfen dadurch nicht entstehen. Gegebenenfalls ist die Ortsbehörde um die Besichtigung zu ersuchen. Eine Verhandlung darüber und eine Rechnung sind dem Antrage beizufügen.

□ **Wie lüftet man im Winter?** Die Frage, wie man in der hereinbrechenden kalten Jahreszeit für eine ausreichende Durchlüftung der Wohnräume sorgt, wird von einem Arzte in beachtenswerter Weise beantwortet. Je größer der Unterschied der Innen- zur Außentemperatur ist, um so schneller läßt sich ein Raum lüften. Was wir im Sommer nur durch längeres Offenhalten der Fenster erreichen können, geht im Winter innerhalb weniger Minuten vor sich. Öffnen wir in der kalten Jahreszeit die Fenster zu lange, so wird die Wohnung nicht nur gelüftet, sondern auch ausgekältet. Die beste Lüftung läßt sich erreichen, wenn in der Wohnung durch gegenüberliegende Fenster und Türen ein Gegenzug erzeugt werden kann. Binnen kurzer Zeit läßt sich dadurch die größte Wohnung durchlüften. Aber auch bei der vorgeschlagenen Art der Lüftung tritt eine langsame Abkühlung der Zimmer ein. Diese Abkühlung kann dadurch vermindert werden, daß die Lüftung in die weniger kalte Tageszeit, in die Mittags- und ersten Nachmittagsstunden verlegt wird, während man es morgens bei einer ganz kurzen Lüftung bewenden läßt.

□ **Genaue Adresse auf Postsendungen!** Das Herannahen des Weihnachts- und Neujahrsverkehrs gibt Anlaß, darauf hinzuweisen, daß es dringend erwünscht ist, die Postsendungen mit möglichst genauer Aufschrift zu versehen. Auf Briefsendungen nach Berlin muß, wenn es irgend möglich ist, außer der Wohnung des Empfängers (Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk usw.) noch der Postbezirk (C, N, SW usw.) und die Nummer der Bestellpostanstalt angegeben werden.

Lintorf, 16. Dez. Die wilde Jagd. Daß es Wilddiebe gibt, weiß man, aber daß sich diese auch zu einem Dutzend zusammentun, um gemeinsam eine Treibjagd zu veranstalten, dürfte doch erst eine „Errungenschaft" unserer heutigen unsicheren Zeit sein. Unglaublich erscheint vor allem, daß es den Unholden möglich gewesen ist, am hellen Tage das Gelände zu durchstreifen, ohne daß sie dabei behindert wurden. Es ist aber verbürgte Tatsache. Am heutigen Vormittage wurde in unserer Feldmarksjagd nach Krietenstein zu eine ganze Reihe von Jägern beobachtet, die mit Hunden das ganze Gelände durchstreiften. Allerdings merkte man ihnen eine gewisse Hast an, aber daß es sich dabei gar nicht um jagdberechtigte Waidmänner handelte, das bemerkte man nicht sogleich. Erst als die Jäger die Linner Jagdgrenze überschritten, fielen sie auf. Als man sich jedoch zu ihrer Verfolgung aufraffte, fand man keine Spur mehr von ihnen. Sie hatten ja in den Wäldern auch Gelegenheit genug, sich verborgen zu halten. Sicherlich haben sie sich billig einen guten Weihnachtsbraten verschaffen wollen.

Bohmte, 16. Dez. Die zu gestern nachmittag angesetzte Versammlung des landw. Vereins wurde, da der erste Vorsitzende dienstlich behindert war, vom zweiten Vorsitzenden, Herrn Kleinschmidt, um 5 Uhr eröffnet. Nach kurzer Einleitung erteilte derselbe dem zu einem Vortrag gewonnenen Oekonomierat Bergmann das Wort. Redner verbreitete sich in 1½stündigem Vortrag über die traurige, sich noch täglich verschlimmernde Lage unseres gesamten Wirtschaftslebens, und der uns nur allein äußerste Sparsamkeit, sowie vermehrte und verbilligte Erzeugung retten können. Der Steigerung der Bodenerzeugnisse stehe der Mangel an Kunstdünger sehr hindernd im Wege, jedoch wurden für die im Weltkrieg verlorenen Kunstdüngerschätze in Elsaß und Lothringen andere Ersatzdüngemittel erforscht. Die allgemeine Verteuerung gänge jedoch viel mit der noch nicht aufgeräumten Zwangswirtschaft zusammen, die dem Landwirt jedes freudige Wirtschaften verleide. In ernsten Worten forderte Redner die Versammlung zum Zusammenschluß aller ländlichen Kreise auf, um wirksam die Wünsche und Forderungen der Landwirtschaft durchzudrücken. Die nach dem Vortrag einsetzende Aussprache war eine sehr lebhafte. Es beteiligten sich daran Dr. Kreth, Gartenbautechniker Lücke sowie Hofbesitzer Gerkepott, Bedekind und andere mehr; bei allen kam die Forderung nach restloser Aufhebung der Zwangswirtschaft zum Ausdruck. Man bezeichnet den Landwirt im Vergleich zu anderen Berufen als den Staatssträfling, umgeben auf Schritt und Tritt von Aufpassern. Herr Bedekind wies nach, welche ungeheuren Summen die Wirtschaftsstellen täglich verschlingen, und forderte, da das ganze Kartensystem durchlöchert sei und über kurz oder lang doch zusammenbrechen werde, die sofortige restlose Beseitigung der Zwangswirtschaft. Nach der Aussprache wurde das von einem Händler mit Heeresgut gemachte Angebot von Pferdegeschirren bekanntgegeben. Leider war das zur Ansicht gestellte neue Geschirr nicht rechtzeitig eingetroffen, und es gingen viele Besucher enttäuscht davon, da dieser Punkt eine große Anzahl Mitglieder angelockt hatte. Es waren etwa 70 Personen anwesend. Zum Schluß wurde die Versicherung der Pferde, auf die es in letzter Zeit die Diebe besonders abgesehen haben, angeraten.

Osnabrück, 16. Dez. Vom Wuchergericht wurde der in den Kreisen Wittlage und Melle schon lange als Lebensmittelschieber bekannte Kaufmann Zerbst aus Hamburg zu 9 Monaten Gefängnis und 1000 ℳ Geldstrafe verurteilt.

Düingdorf, 15. Dez. Die Unsicherheit auf dem Lande nimmt in erschreckender Weise zu. Nachdem erst vor einigen Wochen zwei Langfinger in Bruchmühlen, Wetter und Eicken ungebetene Besuche machten und reiche Beute erwischten, wurde am letzten Montag bei Kolon Eggersmann in Düingdorf wiederum gestohlen. Die Diebe entwendeten aus dem Koffer einen größeren Geldbetrag, mit welchem sie wieder unerkannt entkommen sind. Dieser Fall mahnt die Landbewohner wieder, schreibt das „Kreisbl.", besonders vorsichtig zu sein und wenigstens alles zu vermeiden, was den Einbrechern ihr unsauberes Handwerk erleichtern könnte.

Melle, 15. Dez. Eine gute Erwerbsquelle hatte sich der frühere Buchhalter Wilhelm Richter, zuletzt in Waldbröhl wohnhaft, ausfindig gemacht. Er hatte in der „Geflügelbörse" eine Anzeige aufgegeben, durch die er gegen Einsendung des halben Wertbetrages der betreffenden Sachen einen Drilling mit Zielfernrohr, ein Görzprismenglas und einen deutschen Schäferhund zur Ansicht senden wollte. Richter hatte sich Melle als Ort ausgesucht, von dem aus er die jetzt vielbegehrten Gegenstände, die er gar nicht hatte, anbot. Durch die große Anzahl der an ihn gesandten Briefe, Telegramme und Postanweisungen wurde die Aufmerksamkeit auf Richter gelenkt. Bei den daraufhin vorgenommenen Ermittelungen stellte es sich heraus, daß er die Anzeige in betrügerischer Absicht aufgegeben hatte. Ueber 8000 Mk. waren für ihn eingegangen; davon kam aber nur ein geringer Teil in die Hände Richters, der durch den hiesigen Polizeiwachtmeister festgenommen wurde.

Vreden, 15. Dez. (Die Dreistigkeit der Diebe.) Mit welcher Unverschämtheit heute die Gauner ihr Handwerk ausüben, zeigt folgender Vorfall. Dem Landwirt K. in Wennewick wurden gestern morgen 20 Hühner und ein Hahn gestohlen. Der Dieb ging nach der Tat mit seiner Beute zum nahe gelegenen Nachbarn des K. und bat diesen, ihm mit den Tieren im Wagen zur Bahn zu fahren. Nach einigem Verhandeln erklärte sich der Nachbar hierzu bereit. Kurz vor Abgang des 10-Uhr-Zuges erreichte man den Bahnhof. Die Tiere wurden schleunigst als Expreßgut aufgegeben. Dem Bahnbeamten, der die ungenügende Verpackung bemängelte, wurde seitens des Gauners noch erwidert, es machte nichts aus, wenn auch ein Huhn unterwegs abhanden komme. Leider wurde der Diebstahl erst bemerkt, als der Täter bereits über Borken hinausgekommen war. Die dann angestellten Nachforschungen haben bisher noch keinen Erfolg gehabt.

Minden, 16. Dez. Zur Behebung der Wohnungsnot hat die Stadt sieben Baracken aus der Mindener Heide gekauft und sie zu 24 Wohnungen umbauen lassen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 380 000 Mark. Da die Mieten die Zinsen nicht aufbringen, so bedeutet die Anlage wieder ein großes Opfer der Stadt. Einige Einwohner haben erfreulicherweise für den Ausbau Darlehen zu geringem Zinsfuß gegeben. Es wurden bei der Vergebung der Wohnungen meist Flüchtlingsfamilien berücksichtigt.

Hamm, 16. Dez. (Die Bergmannssiedlungen.) Der endgültige Verteilungsplan der vom Siedlungsverband, Ruhrkohlengebiet für die 16 Bezirkssiedlungsgesellschaften angesetzten Beträge sieht folgende Zahlen vor: Hamm 17,8 Millionen Mark, Lünen 12,9, Hörde 23,2, Dortmund 17,2, Herne 46,1, Bochum 42,00, Hattingen 12,7, Gelsenkirchen mit Einschluß von Wattenscheid 25,2, Recklinghausen 39,6, Bottrop-Buer-Gladbeck 31,4, Essen-Nord 37,7, Essen-Süd 13,2, Mülheim-Borbeck 19,8, Hamborn 24,1, Oberhausen 19,3, Mörs 17,8 Millionen Mark.

Münster, 16. Dez. Ein schwerer Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht vom 14., morgens gegen 2—3 Uhr, in der Gold- und Silberwarenhandlung Juwelier August Simons, Roggenmarkt, verübt. Die Einbrecher sind vom Domplatz her in das Gebäude eingedrungen, und zwar durch das Oberlicht. Sie hatten in der Scheibe ein Fünfmarkstück großes Loch geschnitten und dann die Schnur vom Oberlicht durch das Loch gezogen. Auf diese Weise konnten sie das Fenster aufziehen. In der Werkstatt, wohin sie zuerst kamen, durchstöberten sie das Arbeitspult, an dem der Inhaber des Geschäfts noch bis nachts 2 Uhr gearbeitet hatte. Dort fiel ihnen nur eine Taschenuhr und 50 Mk. bares Geld in die Hände. Von dort aus begaben sich die Einbrecher in den Laden und nahmen dort alles, was ihnen wertvoll schien, mit. An dem Einbruch müssen drei Verbrecher beteiligt gewesen sein, unter denen sich auch einer befand, der in der Abschätzung der Wertgegenstände kein Laie war, denn sie ließen nur das Wertvollste mitgehen. Der Schaden beläuft sich auf mindestens 30 000 Mk.

Emmerich, 11. Dez. Umfangreiche Eisenbahn- und Postdiebstähle, die in letzter Zeit in geradezu unheimlicher Weise um sich gegriffen hatten, sind nunmehr aufgedeckt. Diebe und Hehler sind ermittelt worden. Die Verbrecher arbeiteten mit einer erstaunlichen Frechheit, wobei sie nicht davor zurückschreckten, unschuldige, ehrliche Beamten in falschen Verdacht zu bringen. Neunzehn Personen sind in die Angelegenheit verwickelt, von denen drei flüchtig sind; einer von diesen hat sich auf der Fahrt nach Essen erschossen. Die Zentrale der Einbrecher befand sich bei dem Zollamtsdiener Gersch, wo das von auswärts herzureisende Gesindel eine Zufluchtsstätte fand. Bei einer Frau W. die zur verdächtig gemacht hatte, entdeckte man ein ganzes Lager von unzweifelhaft aus den Eisenbahndiebstählen herrührenden Sachen. Man ermittelte eine ganze Reihe Hehlernester. Dersch war der Rädelsführer. Er verschaffte sich Frachtbriefe und verständigte seine Helfershelfer. Seine Aufgabe war vor allem, die Plomben zu entfernen und nach getaner Arbeit wieder anzulegen. Nach den bisherigen Feststellungen sind neun Eisenbahnwaggons aufgebrochen und beraubt worden.

Düsseldorf, 15. Dez. (Ueberfallen und ermordet.) Vorgestern wurde in Eller in dem Hause Bennhauser Allee 18, von Einbrechern eine Frau ermordet und eine andere Frau schwer verletzt. Zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags waren in dem Hause, das von zwei älteren, alleinstehenden Damen bewohnt wurde, zwei Männer erschienen, unter dem Vorwand, die Speicherräume besichtigen zu wollen. Der eine der Männer ließ sich in das Dachgeschoß führen, während der zweite mit der anderen Dame in ein Zimmer im untersten Stockwerk ging. Der Eindringling hat die ihn begleitende Dame überfallen und niedergeschlagen, dann gefesselt und blutüberströmt an den Boden geschleudert. Nach einiger Zeit ist sie gestorben. Die andere Hausbewohnerin wurde ebenfalls niedergeschlagen und gefesselt. Die Verbrecher schleppten die wehrlose Frau in ein Bett und banden sie mit Säcken darin fest, um sie zu ersticken. Es elang der Gefesselten, um Hilfe zu schreien. Als Leute der Umgegend herbeieilten, waren die Verbrecher bereits entflohen. Bis zum Augenblick fehlt von ihnen jede Spur. Man nimmt an, wie die „Vereinigten Zeitungen" melden, daß es die gleichen Verbrecher sind, die vor etwa 14 Tagen im gleichen Hause einen Einbruch verübten. Die Kriminalpolizei hat die Untersuchung eingeleitet.

Wildeshausen, 16. Dezember. Die Auflösung des Amtes ist beabsichtigt, um Verwaltungskosten zu sparen. Die Finanz- und die Amtskasse sind bereits von hier verlegt worden. Eine Petition, die Maßnahme rückgängig zu machen, wird vorbereitet; es werden Unterschriften gesammelt. Man meint, daß Wildeshausen, welches Jahrhunderte hindurch einen Amtssitz hatte und die älteste Stadt des Landes ist, auf eine Verwaltungsbehörde Anspruch machen kann.

Aus dem Gerichtssaal

§ **Das Urteil im Prinz-Prozeß.** In dem Prozeß gegen Erich Prinz, den früheren Chef der Berliner Sicherheitspolizei, in dem Oberbürgermeister Scheidemann als Nebenkläger zugelassen war, wurde vom Landgericht IV in Berlin das Urteil gefunden. Prinz wurde wegen versuchter Urkundenfälschung in Tateinheit mit fortgesetzter Beleidigung unter Zubilligung mildernder Umstände zu sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft kostenpflichtig verurteilt. Es wurde festgestellt, daß eine Urkunde mit der Aufforderung zur Ermordung Liebknechts und der Rosa Luxemburg nicht existierte, dagegen ein Gerücht, das der Angeklagte für wahr halten konnte. Prinz hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

§ **Der Marburger Studentenprozeß.** Im Prozeß gegen die Marburger Zeitfreiwilligen wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Eine Anzahl Zeitfreiwilliger trat den Angaben verschiedener Zeugen über die Mißhandlungen und Erschießungen entgegen. Es kam dabei zu wiederholter Gegenüberstellung dieser und der beiden Hauptbelastungszeugen. Am Schluß der Sitzung wurde der frühere Leutnant Lemmer, jetziger demokratischer Parteisekretär und Student in Frankfurt a. M., vernommen. Er ließ sich über seine nachträglichen Untersuchungen der Vorgänge bei Mechterstedt aus und belastete die Angeklagten durch seine Erörterungen.

§ **Todesurteil.** Vor dem Schwurgericht Schwerin hatten sich die Arbeiter Heinrich und Rudolf Rieger und deren Schwager Arbeiter Heinrich Hansen aus Lübkow wegen Ermordung des Revierjägers Häckandi im Walde bei Lübkow zu verantworten. Die drei Verbrecher, die als Wilddiebe bekannt waren, überfielen und töteten unter Anwendung von Messern und Schlaginstrumenten den Jäger, der kurz zuvor seine Hochzeit gefeiert hatte. Das Schwurgericht verurteilte Hansen zum Tode, seine beiden Schwager zu je 12 Jahren und zwei Wochen Zuchthaus.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 schweizerische, belgische und französische Frank 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief" = angeboten; „Geld" = gesucht.)

Börsenplätze	16. 12. Geld	16. 12. Brief	15. 12. Geld	15. 12. Brief	Stand 1. 8. 14	
Holland . .	Gulden	2300,15	2304,85	2285,20	2289,80	170 Mk.
Dänemark . .	Kronen	1113,85	1116,15	1116,35	1118,65	112 „
Schweden . .	Kronen	1451,50	1454,50	1447,50	1450,50	112 „
Norwegen . .	Kronen	1093,90	1096,10	1091,40	1093,60	112 „
Schweiz . .	Frank	—	—	1142,35	1141,65	72 „
Amerika . .	Dollar	—	—	73,92	74,08	4,40 „
England . .	Pfund	257,07	257,67	257,45	258,05	20,20 „
Frankreich . .	Frank	—	—	435,05	435,95	80 „
Belgien . .	Frank	—	—	459,50	469,50	80 „
Italien . .	Lire	—	—	255,70	256,30	80 „
Ost-Österreich .	Kronen	14,98	15,02	18,73	18,77	85 „
Ungarn . .	Kronen	13,98	14,02	13,73	13,77	85 „
Tschechien . .	Kronen	82,65	82,85	82,40	82,60	85 „

Kalkstickstoff

...tes Mittel zur Unkrautvertilgung in Roggen-, ...izen und Haferfeldern trifft in Kürze wieder ...n. Bestellungen bitte ich rechtzeitig aufzugeben.

Heinr. Hamker, Wimmer,
Fernruf: Pr. Oldendorf 38

Zu Weihnachten
Heim-Spinnwolle
Schutzmarke „Frisia" Schutzmarke
garantiert reine, weiche Schafwolle, schneeweiß gewaschen, ölfrei gekämmt,
haltbar u. preiswert.
Fein und ohne jeden Verlust aus der Hand zu spinnen. 1 Pfd. „Frisia" = 1 Pfd. Strickgarn.
— Verkaufsstelle: —
Ernst Braun,
Rahden.

Bürobedarf
Zum 1. Januar gebrauchen Sie
Geschäftsbücher
Kladden
Notizbücher
Briefordner
auch für Postscheck-Auszüge
Schnellhefter
Reserve-Heftmappen
Locher
Briefpapier
für Hand- und Maschinenschrift
Durchschlagpapier
Tintenzeuge, Schreibtinte
Stahlfedern, Federhalter, Kopierstifte
Büronadeln, Löschkarton
Wochenkalender, Bürokalender
Alles bekommen Sie bei
Franz Schlüter, Bad Essen.
Bestellungen werden auch in meinem Zweiggeschäft in Preuß. Oldendorf (am Kirchplatz) entgegengenommen.


Haare,
ausgekämmte, kaufe ich zu hohen Preisen.
Zöpfe und Puppenperücken
von ausgekämmten Haaren fertige ich billigst an.
Fertige Puppenperücken
in jeder Preislage.
Heinr. Meyer
Friseur,
Pr. Oldendorf

Ich kaufe alle Sorten
Felle
zu höchsten Tagespreise
L. Stein, Pr. Oldendorf

Bevor Sie Ihre Einkäufe für
Weihnachten 1920
machen, verlangen Sie sofort meine Preisliste über
Spielwaren, Christbaumschmuck und Kerzen, Geschenkartikel, Rodelschlitten u. Haushaltungs-Gegenstände usw.
Reelle Preise bei nur besten Qualitäten.
Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.
Arthur Wienold, Detmold,
Versandhaus für Haushaltungs- und andere Bedarfsartikel.

Kaffee, roh
1 Pfund 20 Mark
Kaffee, gebrannt
1 Pfund 25 Mark.
W. Schluer Wwe. Nachf.
Inh. Otto Braadt, **Bohmte**

Gemeinnütz. Rechtsauskunft

Sprechstunde

am Freitag, 24. Dezember, von 10—12 Uhr in Pr. Oldendorf in der Wirtschaft Nordsieck, von 3—5 Uhr in Lübbecke in der Wirtschaft Spilker.

In den nächsten Tagen erhalte ich eine Ladung

bestes

-Fischmehl.-

Heinr. Hamker, Wimmer,
Fernruf: Pr. Oldendorf 38

Wollen Sie viel Geld?

oder Leinen, Baumwolle, Kettengarn sowie meine allerbesten Strickgarne für Alteisen, Lumpen, Papierabfälle, alte Bücher, Knochen, Pferdehaare, Schweinshaare, Schweinsborsten sowie alle Sorten Felle, so wenden Sie sich an **H. Scheidtig, Produktenhandlung Herford.** Ich komme auch zu den Leuten in das Haus.



Ich kaufe jeden Posten frischgeschossene Hasen, Rehe, Fasanen, Wildschweine, Waldschnepfen, Birkwild, Wildenten, lebendes Geflügel, lebende und geschlachtete Gänse, tote Kaninchen und Ziegen, Wildfelle zum Tagespreise. Sendungen erbitte ich nach Osnabrück-Eversburg.

Julius Cantor,
Osnabrück,
Fernruf 1870
Aufkäufer gesucht.

Wer zahlt die höchsten Preise für alle Sorten

Felle??

H. Timmering,
Schuhgeschäft,
Pr. Oldendorf i. W.

Weihnachtsfeier

Am Sonntag, 19. Dezember
findet
im Saale des Gastwirts Redecker-Levern
eine Weihnachtsfeier zu Gunsten der hiesigen Kriegerwaisen statt:

Vortragsfolge

1. Teil	2. Teil
1. Lied vom Schülerchor	1. Schülerchor
2. Deklamationen	2. Kinderaufführung
3. Männerchor	3. Solo
4. Deklamationen	4. Aufführung vom Turnverein
5. Solo	5. Männerchor mit Schülerchor
6. Ansprache	6. Schlußwort
7. Gemeinsames Lied	
8. Bescherung der Kinder.	



Änderungen vorbehalten. — **Anfang nachm. 4 Uhr.**
Einheits-Eintrittspreis 2 Mark. Kinder in Begleitung der Eltern frei. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

Einheitsverb. der Kriegsbeschädigten f. d. Deutsche Reich, Sitz Leipzig, Ortsgruppe Amt Levern.

W. Schluer

Wwe. Nachf.,

Bohmte

Das Haus der guten Qualitäten

Reelle, aufmerksame Bedienung

Das bedeutendste Manufaktur-waren-Geschäft im Kreise Wittlage

Am Sonntag, 19. d. M., ist mein Geschäft bis 6 Uhr abends geöffnet.

Kunden von auswärts wird das Fahrgeld vergütet.

Landw. Bezugs- u. Absatzgenossenschaft Dielingen

Prima

La Plata-Mais

ab Lager ist abzugeben.
Ich nehme Bestellungen auf Mais, Lieferung im Januar oder Februar, entgegen.
Ferner habe ich einen größeren Posten

Weihnachtsbäume

abzugeben.

G. Behrens

Mais

habe ich ab Lager preiswert anzubieten.
W. Kleffmann Nachf., Pr. Oldendorf

Ippenburger Holzverkauf

Am Donnerstag, 23. Dez. vormittags 10 Uhr

sollen in den Ippenburger Forsten im Langenholz, in den Anlagen und im Brüderholze

56 Stück Eichen bis 70 cm mittl. Durchm., teilweise vorzügl Tischler- u. Stellmacherholz
1 Stamm Erle f. Holzschuhmacher
1 „ Pappeln zu Brettern
45 Rm. gemischtes Brennholz,
40 „ Kiefern-Brennholz und
2600 Kiefern-Bohnenstangen

öffentlich versteigert werden.
Der Verkauf beginnt im Langenholze.

Ippenburg, 14. Dezember 1920

Grave, Förster

Für Festlichkeiten

in der Weihnachts- und Neujahrszeit
werden
Eintrittskarten,
Programme,
Speisekarten,
Weinkarten,
Garderobenummern in Blocks,
Tanzkarten und
Tanzplomben
gebraucht. Zweckmäßigste Bezugsquelle für alles dies:

Franz Schlüter, Pr. Oldendorf.



Fahrräder

und alle **Ersatzteile**
Decken, Schläuche
in bester Ware
Fahrradlampen, Karbid und dergleichen
— empfiehlt zu Tagespreisen —
Wilhelm Rodeck, Sundern Nr. 43



Schrotmühlen

für Kraft- und Göpelbetrieb „Mignon"
zweckmäßigste Schrotmühle für den kleinen u. mittleren landwirtschaftl. Betrieb
liefert **E. Kröger, Lübbecke i. Westf.,**
Spezialfabrik für Steinschrotmühlen

Nähmaschinen

(nur Originalfabrikate)

Waschmaschinen und Zentrifugen

(Fabrikat Miele)
sind wieder vorrätig.

H. Fischer, Levern
Reparaturen — Ersatzteile